

# Galleische Reform.

Volkswirtschaftlicher Rat-



geber für den Mittelstand.

## Abonnements-Bedingungen.

Die „Galleische Reform“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Der Abonnementspreis beträgt in Halle: frei in's Haus 1 Mf. 50 Pf. Durch die Post: 1 Mf. 62 Pf. incl. Bestellgeld. (Post-Zettelliste Nr. 3398). Durch Kreuzband bezogen 2 Mf. 25 Pf. für drei Monate. Einzelnummer 20 Pf. — Inserate: Die fünfspaltenige Beilage 20 Wienera. Alle Sendungen sind an Redakteur G. Schröder, in Halle a. S. Mittelstraße 6 zu richten.

Nr. 14.

Halle a. S., den 15. Juli 1914.

21. Jahrgang.

## Hat der selbständige Mittelstand einen Wert?

Der selbständige Mittelstand wird fraglos durch die Konsumvereine schwer bedrängt. Allein die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg, die doch nur die sozialdemokratisch beeinflussten Konsumvereine umfaßt, nicht aber die Beamten-, Offiziers- und bürgerlichen Konsumvereine, und die auch an die ihr angeschlossenen Vereine nur einen Teil der Waren liefert, hat einen Jahresumsatz von etwa 140 Millionen Mark. Sie hat erst kürzlich ihre Betriebe mit einem Aufwande von 2,7 Millionen Mark vergrößert und ihr Stammkapital auf 4 Millionen Mark erhöht. Gener ungeheure Umsatz bezieht sich fast ausschließlich auf unmittelbare Konsumartikel, wie sie im Haushalte gebraucht werden, — Brot, Fleisch, Mehl, Salz, Grüns, Seife u. s. w. Man kann also mit Zug und Recht sagen, daß alle diese Waren ohne Vorhandensein von Konsumvereinen beim selbständigen Mittelstande gekauft worden wären! Jene hohe Umsatzsumme ist dem Mittelstande entzogen worden, — und zwar dadurch, daß selbständige Existenzen, die entweder schon vorhanden waren oder sonst entstanden wären, durch angestrebte Lagerhalter ersetzt worden sind.

Es entsteht nun die Frage, ob diese Entwicklung — die erst im Anfange ist und einer ungeheuren Ausdehnung fähig ist — für das Gemeinwohl und für den einzelnen Staatsbürger schädlich ist oder unschädlich.

Und das ist gleichbedeutend mit der Frage nach dem Werte des Mittelstandes überhaupt.

Was leistet denn der Mittelstand für das Staatsganze?

Der Mittelstand ist ein Dämon zwischen Dem und Wollen in dem Klassen- und Aufbau der Bevölkerung. Unermittelte soziale Gegensätze müssen in jedem Staate zwischen den Klassen auf einer stehenden Einrichtung machen. Es ist noch garnicht untersucht worden, wie weit sich die große Negation der Industriearbeiterklasse trotz aller sozialen Fürsorge aus dem wirtschaftlichen Verfall des Mittelstandes mittelbar erklären läßt.

Der Mittelstand ist ferner die Zwischenstufe für das Emporstreben Tüchtiger aus den unteren Einkommensklassen in die oberen. Für die meisten, allermeisten Volksgenossen ist der Mittelstand die einzige Möglichkeit zum Selbständigwerden. Wenn die Hausfrauen um eines kleinen täglichen Vorteils willen an der Ruinierung der Zukunft ihrer Söhne arbeiten, indem sie lieber zum Lagerhalter als zum Geschäftsmann gehen, so handeln sie falsch und unmütterlich! Vom Mittelstande aus geht der Weg weiter nach oben. So wie unsere Industrie sich aus dem Mittelstande herausgebaut hat, so kommt grundsätzlich auch der industrielle Nachwuchs aus ihm hervor. Er ist nicht nur materiell die Zwischenstufe, sondern auch moralisch. Der moralische Anreiz zum Aufstieg würde in der Arbeiterklasse fast ganz verschwinden, wenn der Mittelstand untergehen müßte. Denn die mittelständliche Selbständigkeit ist für den Arbeiter infolge des geringeren Abwandes noch soziologisch verständlich. Er kann hier das Wie des Aufstieges mit Mitteln seines eigenen, zugleich dadurch sich erweiternden Geschäftskreises kontrollieren. Er lernt als Mittelständler zuerst die Bedingungen des Arbeitstretens kennen und sieht ein, daß in diesem andere Bedingungen obwalten, andere Interessen die politische Stellungnahme orientieren. Zum ersten Male lernt er den Wert der persönlichen Initiative im wirtschaftlichen Leben kennen, erkennt ihm die Bedeutung der „Geharbeit“ mit ihrer ganzen aufreibenden Schwierigkeit, die sich hinter scheinbarem Wohlstand verbirgt. Wo ein geheimer wirtschaftlich selbständiger Mittelstand in der Bevölkerung verhältnismäßig verteilt wäre, da würde der Irrglaube von der Bedeutungslosigkeit des Unternehmensgarnicht aufkommen können. Heute ist — wesentlich infolge der wirtschaftlichen Verkümmern des selbständigen Mittelstandes — der Spalt zwischen Arbeitnehmerstand und Großunternehmerstand derartig unvermittelt und flussend weit, daß dem Industriearbeiterstand das Verständnis dafür völlig abgeht, worin denn nun eigentlich die Arbeit des Unternehmers besteht. Nur so ist es möglich, daß die sozialdemokratische Propaganda in den Massen den Wahn nährt, daß der Unternehmer ein mehr oder weniger robuster Mehrwertemacher sei, dessen einzige „Fähigkeit“ in dem Besitz von Kapital besteht, ohne Rücksicht darauf, daß es unwägbarer Unternehmereigenschaften gibt, die überhaupt das ganze Wirtschaftsradwerk zum Laufen bringen. Der ganze Wahn von Zukunftsstaat — diesem scheinbar menschlich-ebenen Irrtum, der heute so persönlichkeitsunterdrückend wirkt! — beruht auf dieser Verständnislosigkeit des Arbeiters gegenüber dem Unternehmertum, und die ganze politische Negation der Sozialdemokratie in allen Dingen des Vaterlandes wird nur durch diesen Unverstand erklärbar.

Der Mittelstand liefert dem Staate ein barres, ausdauerndes, einsichtiges Menschennaterial und den Eltern gesunde Kinder mit offenen, praktischen Sinnen für die Wirklichkeiten des Lebens.

Seine Kinder wissen, wie sehr es gilt, den deutlich sichtbaren Kampf des wirtschaftlichen Lebens auszufechten — aus eigener Kraft. Der Mittelstand bleibt hart und gerecht. Ja, auch gerecht, denn er weiß die Härte des kleinen Lebenskampfes zu schätzen und kennt die Wäre der kleinen Existenz und des Gesellenstandes, aus dem er selber hervorgegangen ist.

Gerade weil der Besitz des Mittelstandes klein und schwierig ist und stets für kleinen Erfolg große Ausgabe fordern wird, deshalb verteidigt er ihn mit so

heißem Jorn, und gerade das macht seine Grundanlage der Gesinnung so echt und wertvoll für Staat und Gesellschaft!

Aus diesem Boden der Pflichttreue wachsen unsere unteren und subalternen Beamten hervor, die derart zuverlässig sind, daß kein Staat der Erde sie uns nachzumachen imstande ist. — Und dieser Staat ist auch in der Lage, dem Vaterlande die besten Unteroffiziere zu schenken, — weil seine Angehörigen ein natürliches Verständnis dafür haben, was es heißt, das Verlangen nach Vergabe der größten Leistungsfähigkeit mit der Einsicht des Möglichen zu vereinbaren, und denen hartnäckige Pflichterfüllung gerade in kleinen und kleinsten Dingen im Blute liegt.

Daß der Mittelstand — mittelbar wohl mehr als unmittelbar — sehr zahlreiche Mitglieder des Privatbeamtenstandes stellt, ist nicht weniger bekannt. Handlungsgehülfe und Bürobeamte, das, was man oft den „neuen“ Mittelstand nennt, der den „alten“ ersetzen soll — wie der Liberalismus lehrt —, sind in Wirklichkeit ein Sproß des wirtschaftlich selbständigen Mittelstandes. Man lasse sich nicht durch Statistiken täuschen: zuletzt ist doch der Mittelstand die Quelle, aus der er sich selbst ergänzt. Der tüchtige Mittelständler wandert in den Fußstapfen seines Vaters. Es ist selbstverständlich, daß dem Staat daran liegen muß, möglichst viel wirtschaftlich selbständige Mittelstandsglieder zu besitzen, und daß ihm aus diesem Grunde mehr daran gelegen sein muß, Selbständige anzufertigen, als Angestellte zu setzen; so wenig er die Angestellten misshandeln kann, so sehr muß er möglichst viel wirtschaftlich selbständige Existenzen das Beste sein. Mit dieser Behauptung ist keine Geringschätzung der Angestellten verbunden. Im Gegenteil: Wir alle müssen den höchsten Wert darauf legen, daß unsere privaten Angestellten jene „ungewerkschaftliche“ Eigenständigkeit beibehalten, in Zeit, Kraft, Aufopferung und Gedulde mehr für die „Firma“ zu leisten, als sie „laut Kontrakt“ nötig haben. Der deutsche Handlungsgehülfe strebt für sein Geschäft, das Unternehmen ist ihm ein zweites Wesen, das seine Rechte an ihm hat und an dem er sich bildet. Wir müssen alles daran setzen, daß die private Angestellten-schaft dies selbstverständliche Mitfühlen mit dem Unternehmen behält, das sie nicht gedanklich proletarianisiert. Sollte der Mittelstand eingehen müssen, so könnten wir sicher sein, daß auch unser Angestelltenstand — weil ihm das wirtschaftlich-soziale Mitempfinden, der Instinkt für die Einheit aller volkswirtschaftlichen Arbeit, verloren geht — zum gewerkschaftlichen Standpunkte herabsinkt, wonach der Arbeiter nur Interesse an sich selber hat und die Interessen des Unternehmers den seinigen feindlich sind.

Man sieht, wie falsch es ist, wenn Hausfrauen und Männer sagen: Was kümmert mich der Mittelstand; ich denke an mich selbst! Sie bedenken nicht, daß nur ein geheimer Mittelstand das wirtschaftlich selbständige Fortkommen ihrer Söhne sichern kann. Wer das will, der muß den Mittelstand in seinem Kampfe helfen!

## Der Mittelstandsbund

für Halle a. S. und den Saalkreis

hat sich in den Dienst der Allgemeinheit gestellt um dahin zu arbeiten, den Scheitenden die Augen zu öffnen.

Das Publikum muß erkennen lernen, den enormen Druck und das riesige Uebergewicht der Warenhäuser, worunter die christlichen Geschäftsleute zu leiden haben.

Der Bund ist bemüht in die Verdunkelung der heutigen Zeit Licht hineinzufragen. Das weitere Gebiet, auf dem der Bund Aufklärung schafft, ist das der Rechtspflege.

Wenn das Publikum alle die Gesetze studieren sollte, hätte es gar keine Zeit, diese zu übertreten. Wir bieten deshalb auch Aufklärung über Verhaltensmaßregeln in Streitfällen in dem

## Orientierungs-Buch für Haus u. Geschäft

welches alljährlich im September erscheint, jetzt Nr. 10.

Wenn jeder die darin enthaltenen Mahnungen beherzigt, dann wird das Büchlein wie eine Erlösung von dem Uebel, das uns drückt, wirken.

Der Vorstand des Mittelstandsbundes wendet sich nunmehr an die christlichen Geschäftsleute mit der Bitte, seine Arbeit, sein Bestreben durch Ueberweisung von Geschäftsanzeigen zu unterstützen. Das Orientierungsbuch wird in Stadt und Land kostenlos verbreitet und ist dadurch den interessierenden Geschäftsleuten ein Erfolg auf ihre Reklame gewiß.

Der Bund hat ferner eine Rechtsauskunftsstelle hier, Mittelstraße 6 II, errichtet, wo den Mitgliedern in Rechtsfragen kostenlose Auskunft erteilt wird, auch werden Prozesse bei dem Amts- und Landgericht angenommen. Mitglied kann jeder Geschäftsman werden. Der Jahresbeitrag beträgt 10 Mark.

Der Vorstand

des Mittelstandsbundes für Halle a. S. und den Saalkr. eid.

## Galle.

\* **Werspruch.** Der kostbarste Besitz eines Staates ist der Mensch — und zwar der gesunde Mensch. Nicht auf Besitz und Reichtum gründet sich Größe und Macht einer Nation, sondern auf die sittliche wie körperliche Gesundheit des Volkes. Das sind die wichtigsten Faktoren, mit denen wir rechnen, auf die barmherzigen Güter, an deren unverminderten Besitz sich die Aussicht auf eine frohe und starke Zukunft unseres Volkes knüpft.

\* **Vernünftige Grundzüge** in Bezug auf Ehe und Kindererziehung in Japan. Nach Prof. Chiba Tokia (in einem Vortrag in der Deutschen Kolon.-Ges. Abt. Hamburg) heiratet in Japan durchweg jede weibliche Person, von der zwei Dinge unbedingt gefordert werden, nämlich Nüchternheit und Keuschen; kann sie dieses nicht, so ist sie eben heiratsunfähig. Eine Witwif, die in Europa bei der Verehelichung oft eine Hauptrolle spielt, erhalten die Töchter der Japaner nicht, aber die Blumenkürschnerin muß jedes Mädchen erlernt haben. Die Erziehung der Kinder liegt in Japan ganz in den Händen der Mutter und deshalb hat auch die japanische Mutter keine Zeit, um in Gesellschaften usw. zu gehen. In Amerika besteht die Ehe aus 2 Personen, in Japan betrachtet man Mann und Weib als einen Menschen. Man kann die amerikanische Ehe mit einer Republik vergleichen, wogegen die Japaner Ehe eine konstitutionelle Ehe ist, in der der Mann der Kaiser und Herr, die Frau aber das Parlament ist.

\* Die Ehe in Deutschland haben wir in Nr. 12 eingehend beleuchtet, heute wollen wir eine Betrachtung über:

### Modernes Eheglück

vor Augen führen:

\* Wenn wir die täglichen Bekanntmachungen der Behörden in den Tageszeitungen verfolgen, so finden wir neben den Verheirathungen von alten Hosen auch eine Anzahl öffentlicher Zustellungen an abhandlungsgewohnte Eheleute. Durchgebrannte Ehemänner, durchgebrannte Weiber werden, da unbekanntes Aufenthaltsort, geliebt, nicht aber vielleicht als Sehnsucht nach dem verlorenen Glück und zur Fortsetzung der Ehe, sondern sehr im Gegenteil: um sie gründlich auf einige Zeiten anzubringen auf dem Wege der Scheidung. Neben diesen Eheverhältnissen sind tausende anderer fortgesetzt abhängig, so daß man — noch dazu in Anbetracht anderer Erscheinungen — von einer vollständigen Korruption der Ehe sprechen muß. Nehmen die Ehescheidungen in den nächsten Decennien ebenfalls zu, wie in den vergangenen 20 Jahren, so wird in 50 Jahren in Deutschland eine normale Ehe eine Rarität sein.

\* An der horrenden Zunahme der Scheidungen partizipieren alle Gesellschaftsklassen, alle Konfessionen, alle christlichen Altersstufen. Ebenso ist auch die Dauer der Ehe „unbegrenzt“. Die Ehe geht nach einjähriger Dauer ebenso prompt wieder aus dem Leim, wie nach einer 10-jährigen und selbst die Feier der silbernen Hochzeit bietet keine Garantie mehr für deren Fortbestand. Die älteste Scharte kauft ihrem ergrauten Mann davon, weißt mit einem Kellner oder Friseur-Gebilden, kurz keine moderne Ehe ist sicher vor der Scheidung. Sind alle diese Leute Narren geworden? Wenn man bedenkt, daß alle diese vielen Tausende einst — oft erst vor einem Jahr — verliebt waren bis über die Ohren, wählten, nicht mehr leben zu können ohne einander und sterben zu müssen, „kriegen“ sie sich nicht, heute aber sich hassen bis aufs Blut und noch „Freiheit und Erblühen“ lechzen, so könnte man glauben, der leibhaftige Satan wäre in sie gefahren, um mit ihnen seinen Akt zu treiben: Aber man könnte diese Leuten ganz unter sich lassen — taugt doch eines so viel wie das andere — hätten sie doch wenigstens keine Kinder. Das ist ja das Merkwürdige am ganzen Betrieb, daß sie trotz aller Hasses, trotz allen Stretzes, trotz der furchtbaren „unüberwindlichen Abneigung“ mit einander Kinder in die Welt setzen. Dieser Umstand sichert diesen Ehemännern meine ganz spezielle Hochachtung. Also nicht einmal die Klüffigkeit auf die eigenen Kinder vermag sie zu bewegen, sich wenigstens halbwegs anständig aufzuführen.

In Deutschland werden sich zurzeit ca. 200 000 Kinder befinden, die Scheidungsweisen sind. Ein Kind kann von der des Vaters noch der Mutter entraten, und so kann man sich die Mißwirkungen denken, welche diese Zustände auf die Erziehung dieser armen Kinder ausüben.

Trotz der eigenen Leinheit hatte die Gesellschaft früher eine gewisse Abneigung gegen Geschiedene. Und zwar nicht nur gegen den schuldigen Teil. Ein Mann, der geschieden war, eine Frau nach der Scheidung gleichgültig, welche Rolle sie im Scheidungsprozess gespielt hatten, waren für die Gesellschaft „subpekt“. Aufheulend sprach man von ihnen. Es war an ihnen etwas hängen geblieben, denn so etwas durfte einfach in anständigen Kreisen nicht vorkommen. Darüber gingen gar oft solche Christen zugrunde, die sich aufbauten auf den Nimbus der Person. Dieser

Nimbus war eben zerstört. Das ist nun ganz anders geworden. Bei der Häufigkeit der Scheidungen läßt sein Hahn mehr danach. Was ist denn auch weiter dahinter? Man vertritt sich nicht, darum geht man wieder auseinander, man hat sich eben gegenseitig in einander „geirrt“. Wir doch lächerlich, darum ein Aufsehen zu machen. Mit derselben Eleganz, mit der man vor vielleicht einem Jahr, den Bund fürs Leben schloß, löst man sich wieder scheiden. Das ist doch das einfachste Ding der Welt. Viele machen es noch einfacher und lassen sich gar nicht scheiden. Man kann auch so auseinander laufen. Warum denn so viel Geld für Rechtsanwälte ausgeben? Das wäre doch ein Blödsinn. Andere bleiben sogar beisammen und geben sich gegenseitig so die „Freiheit“ zurück, d. h. er tut was er mag, sie tut, was sie mag, was sie allerdings schon immer getan, und so steht dem gegenseitigen „Glück“ und einer beglückten Kindererziehung nichts mehr im Wege.

Sind diese Zustände nicht „bezaubernd schön“? Nicht umsonst erdachte man das Wort von der „Eheerrung“. Wie barmhöslich klingt das Wortchen. Aber leider paßt es nicht auf alle Situationen. Das gesellschaftliche Leben bietet ja unbegrenzte Möglichkeiten, ist so vielfältig und abwechslungsreich, daß die deutsche Sprache gar nicht fähig ist, alle die unzähligen Situationen zu charakterisieren. Eheerrung! Das belegt nichts, wie eine „kleine Ertrung“. Wie leicht kann das geschehen in der Stunde der Schwäche? Menschenherzen sind nicht aus Stahl und Stein! Erst jüngst hat ein Rechtsanwaltsamt sich hochverdienst gemacht um die höhere Gesellschaft und die höhere Moral, als er das Wort prägte von dem „Zusammengehörigkeits-Drang, der zum Durchbruch kam“. Der durchbrechende Zusammengehörigkeitsdrang“ bedeutet einen enormen Fortschritt in der Psychologie der Liebe der Menschheit vom Leutnant aufwärts. Heil dem Träger des Wortes! Spieß- oder andere Bürger können das natürlich nicht begreifen. Den unglückbaren Duff der Gesellschaftsmoral vermag nur eine Seele zu riechen, die sich in die Höhe zu schwingen vermag ungefähr so, wie es im alten, ewig schönen Lied vom Kanapee genüsslich zu lesen ist.

Man sieht, welche Auffassung bezüglich der Ehe in diesen Kreisen herrscht. Ist die Ehe das Fundament des Staates, wäre Zeit, sie neu aufzumontieren. Wie aber das machen?

\* In den Ebniederungen sah man bis zum Vorjahre zahlreiche **Storchnecker**. Seit diesem Frühjahr ist es anders. Zwar nahmen Störche in größerer Zahl zunächst wieder Quartier, aber bald rüdten sie wieder ab. Es ist jetzt durch Beobachtungen zweifellos festgestellt, daß einzig die Luftfahrzeuge, die die Gegend auf der vielbefahrenen Straße Berlin-Bitterfeld-Leipzig täglich passieren, die Störche vertreiben. Diese Konkurrenten mag der Storch nicht leiden; er flücht eilends aus solchen Gegenden weg, wo diese Ungetüm herumlaufen. — Also ist endlich die wahre Ursache des Geburtenrückganges entdeckt!

\* **Baden.** Den musterhaften Junggefallen im länglichen Ländchen am Rhein droht eine Ertraktierung. Zur der badischen Abgeordnetenversammlung wurde einstimmig beschlossen, einen log. Kinderparagrafen, ähnlich dem bayerischen, in das badische Einkommensteuergesetz aufzunehmen. Den hierdurch entstehenden Ausfall droht nun die Regierung mit Einführung einer Junggefallensteuer zu paralysieren. Sämtliche alte Jungferns-Badens freuen sich schon wie Schneeföhen. Vermutlich wird ihnen aber der Landtag einen Strich durch ihre vergnügte Rechnung machen.

— **Gegen den Geburtenrückgang.** Großes Aufsehen erregten in Dresden die vorgenommenen Hinausführungen in über 40 Gummiwarengeschäften. Polizeibeamte erschienen in den Geschäften und beschlagnahmten die dort vorhandenen Gummiartikel sowie dazu gehörige Brochüren. Die Sachen wurden von den Geschäftsinhabern teilweise freiwillig herausgegeben. Offenbar sieht die ganze Angelegenheit im Zusammenhang mit den von der Regierung angeordneten Maßnahmen gegen den Geburtenrückgang.

**Mißbrauch des Wortes „taufen“.**

Immer und immer wieder liest man in den Zeitungen, daß am sonntagsmorgens der große Dampfer, von dessen Bau man ja schon gehört habe, „getauft“ worden sei. Immer und immer wieder kann man hören: „Wir haben unser Haus, unser Pferd, unseren Hund, unsere Kasse so und so getauft!“ Oder man bringt es fertig, ein Kind, dem eine Puppe geschenkt worden ist, zu fragen: „Wie willst du sie denn taufen?“ Spricht man angelehnt solcher gedankenloser Redensarten nicht mit Recht von einem Mißbrauch des Wortes „taufen“? Doch ganz gewiß! Denn was hat nur ein Schiff oder ein Haus, ein Pferd oder ein Hund, eine Kasse oder eine Puppe mit dem zu tun, was wir „Taufe“ nennen? Doch rein gar nichts! Darum müssen wir gegen einen Mißbrauch solcher Art protestieren, zumal er reichlich dazu dient, Heiliges zu entweihen und gemein zu machen. Etwas Heiliges dürfte die Taufe doch für uns sein!

Freilich, sie bedeutet für Viele unserer Tage nichts mehr oder ist ihnen nur noch eine lästige Modehülle. Aber dennoch sagen wir: Es ist eine ungläubliche Züchtigkeit unserer Zeitungen, wenn sie immer wieder in den Feilen fallen, die Namengebung eines Gegenstandes mit dem zu verwechseln, was eigentlich „Taufe“ heißt. Denn die Taufe hat als Sakrament mit der Namengebung nichts zu tun. Daher liegt in dem Mißbrauch des Wortes auch ein logischer Fehler! Man legt ihm eine Bedeutung unter, die es keineswegs hat. „Taufe“ heißt, jemanden in die Gemeinschaft des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes bringen. Leblose Dinge oder Tiere jedoch sind, wie jedermann weiß, von dieser Gemeinschaft ausgeschlossen. Darum sollte man daran gedenken, daß man nichts kleiner machen darf als es ist, daß es nicht zur Verherrlichung unseres Christenglaubens dient, wenn das, was in ihm besonders wichtig ist, verflacht und entleert wird.

Alle erstgerichteten Blätter versuchten sich von dem konventionellen Sprachgebrauch und der Gedantenlosigkeit frei machen und von der Namengebung eines Schiffes nicht als von einer „Taufe“ berichten.

\* **Gehört das auch zum Großstadtverkehre?** Die auf dem Unterberg eingensetzten Zigaretten „erhalten“ sich auf den Promenadenbänken vor der „Tulpe“. Ein widerwärtiger Anblick für die Passanten. Kann dieser Sorte kein anderer Lagerplatz angewiesen werden?

### Au unsere Leser!

Wer da behauptet, die „Reform“ bringe nur Stofflos, der stempelt sich selbst zum Idiot. Unser Kampf gilt nur der Wahrheit und dem Recht.

Diese Zeitung ist dem Haß und der Verhöhnung von allen Seiten ausgesetzt, ist lediglich auf die Treue ihrer Leser und auf die Empfehlung von Mund zu Mund angewiesen.

Wir bitten daher unsere Freunde, die „Reform“ zu bestellen, denn von Beifallsbezeugungen allein kann sie nicht bestehen.

Die „Gallese Reform“ erscheint nunmehr 22 Jahre. Diese lange Lebensdauer ist ein Dorn in den Augen der Gegner.

Die „Reform“ braucht Abonnentenzunahme, Beiträge zum Agitationsfond und Geschäftsanzeigen!

\* Für die **Porto- und Werbefolge** der „Reform“ gingen von Herrn C. L. Halle a. S., 40 Mk. ein. Dank dem edelbedenkten Geber.

\* Die „**Staatsbürger Zeitung**“ hat dem jüdischen Gift nachgeben müssen, sie erscheint nicht mehr täglich, vom 1. ds. Mts. ab nur wochentlich, Donnerstags.

\* **Frage?** Sind wir schon nicht mehr Herr im eigenen Hause und müssen uns anmaßenden Forderungen von Fremdlingen beugen, die wahrlich genug schon in alle bevorzugte Berufswege eingebunden sind? Man soll endlich mit der Lanke aufstehen und die geradezu entwürdigende Scheu überwinden, sein deutsch-völkisches Glaubensbekenntnis laut und mit Stolz zu betonen.

\* **Wolf Wertheim.** Der sich in London aufhält, hat herausgegeben eine **Dragonee** in Berlin W. Diese Brochüre liest er auch uns zuhören, welche aber keineswegs für die Allgemeinheit Interesse erweckt. Was interessiert sich wohl der Leser für das gestörte jüdische Eheleben und jüdische „Gründungen“. Die „Staatsbürger-Zeitung“ beschäftigte sich in Nr. 151 mit dem Warenhaus A. Wertheim und meldet in Nr. 152.

### Beschlagsnahm.

Die vorige Nummer der „Staatsbürger-Zeitung“ ist auf staatsanwaltliche Anordnung wegen des Artikels gegen das Warenhaus A. Wertheim beschlagsnahmt worden. Während die deutschfeindlichen Blätter, namentlich der „Simplizismus“, unbeanstandet sogar die Person des Kaisers verhöhnen dürfen, greift die Staatsanwaltschaft sofort ein, sobald irgend einem der jüdischen Machthaber auch nur im geringsten zu nahe getreten wird. Wenn nun aber die Gebrüder Wertheim der Meinung sind, daß sie die „Staatsbürger-Zeitung“ einschüchtern können, so irren sie sich gewaltig. Jetzt werden wir gerade den Kampf aufnehmen. Das Warenhaus A. Wertheim wagt sich zu einer öffentlichen Gefahr aus. Das werden wir in einer Reihe Artikel des näheren darthun. Wenn wir nicht jetzt gleich mit der Veröffentlichung beginnen, so geschieht das lediglich deswegen, weil bald Berlin in den Wädern ist. Auf uns wollen wir aber gleich hier aufmerksam machen. Der Kampf gegen die „Staatsbürger-Zeitung“ wird nicht nur von den jüdischen Zeitungen, sondern auch von einem großen Teil der konservativen Blätter geführt. Letztere beteiligen sich z. B. ebenfalls an dem Lobschweigesystem gegen unser Blatt.

Bezwegen?

Auch hier steckt offenbar das Warenhaus A. Wertheim dahinter.

Wir werden hierüber demnächst ausführlich berichten.

\* Vom 17.—19. August d. J. findet die Feier des 100-jährigen Bestehens des Kaiser-Frang-Garbe-

Grenadier-Regiments Nr. 2 statt. Die früheren Einjährigen wollen sich bei der Gelegenheit in Berlin vereinigen und dem Regiment eine Ehrengabe überreichen; Herren, welche eine Aufforderung zur Beteiligung noch nicht erhalten haben, werden gebeten, ihre Adresse umgehend Kommerzienrat Joly in Kleinmittenberg (Elbe) mitzuteilen.

### Bekanntmachungen

der Rechtskonsulenten-Zinnung für die Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und das Herzogtum Anhalt.



**Wenn**  
die  
**Sonderbeilage**  
für Rechts-  
konsulenten

bald erfolgen soll,  
dann abonnieren jeder  
Kollege bei seinem  
Postamt auf die  
„Salsche Reform“!

### ist Verweigerung der kirchlichen Erziehung ein Erscheinungsgrund?

Nach der einhelligen Meinung der Reichstagskommission bei der Abfassung des Bürgerlichen Gesetzbuchs sollte die Verweigerung der kirchlichen Erziehung ohne weiteres als ein Erscheinungsgrund gelten, denn hierin läge, sofern die kirchliche Erziehung ausdrücklich festgelegt oder stillschweigend vorausgesetzt sei, stets ein „ehrolos oder unethisches Verhalten“ im Sinne des § 1668, infolgedessen dem anderen Teile die Fortsetzung der Ehe nicht zugemutet werden könne. Diese Ansicht ist denn auch in der Literatur fast ausschließlich — wenn auch nicht in dieser Schärfe — zur Herrschaft gelangt und nur vereinzelt hat sich Widerspruch gezeigt.

### Hauptpflicht des Rechtsanwalts für Versehen bei Einführung einer Wechselklage

Der Rechtsanwalt haftet seinem Klienten für sorgfältige Ausführung des übernommenen Vertretungsauftrages. Der Mandant kann, wie das Reichsgericht in einer uns vorliegenden Entscheidung auspricht, erwarten, daß der Anwalt vor Einführung eines Prozesses die ihm übergebenen Klagenunterlagen prüft. Hat er das unterlassen und deshalb z. B. vor Anführung einer Wechselklage nicht bemerkt, daß der Wechselprotest infolge eines offensichtlichen Fehlers des Gerichtsvollziehers unzulässig war, so trifft den Anwalt der Vorwurf der Fahrlässigkeit und er ist zum Ersatz des seinem Klienten dadurch entstandenen Schadens verpflichtet. Im Streitfalle handelte es sich um folgenden Sachverhalt:

Im August 1907 übergab der Kaufmann S. in Polen dem Rechtsanwalt K. einen Wechsel nebst Protesturkunde zur Einklagung gegen seine Vormänner, da der Akzeptant zahlungsunfähig war. Infolge der Klage zahlte einer der Vormänner die Wechselsumme nebst Zinsen und Protestkosten, forderte jedoch später die Zahlung wegen Unzulässigkeit des Protestes gegen S. zurück. Der hierüber entstandene Prozeß ist vom Reichsgericht zu Ungunsten des S. entschieden worden. S. zahlte darauf im Februar 1911 5700 M. an den Vormann zurück. Der Protest war unzulässig, weil der Wechsel das nicht durchstreichende Vollindossament des S. an die Order der „Bank H. S.“ trug. S. erhob nunmehr eine Klage gegen den Rechtsanwalt K. auf Schadenersatz in Höhe von 5700 M.

Landgericht und Oberlandesgericht Polen haben den Rechtsanwalt untragsgemäß verurteilt. Seine Revision blieb erfolglos; das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt und die Revision zurückgewiesen. Aus den Entscheidungsgründen des Reichsgerichts ist hervorzuheben: Der Hauptangriff richtet sich gegen die Vereinnahmung eines Mitverschuldens des Klägers, der die Rechtsbedeutung des nicht durchstreichenden Vollindossaments gekannt habe und dem das gleiche in dem Uebersehen des Vollindossament liegende Verschulden des Gerichtsvollziehers wie eigenes Verschulden anzurechnen sei. Dieser Angriff kann keinen Erfolg haben. Wie das Reichsgericht bereits in einem früheren Urteil vom 29. Mai 1906 ausgesprochen hat, ist davon auszugehen, daß die einen Rechtsanwalt beauftragende Partei von diesem gerade fordern und erwarten darf, er werde etwaige ihr selbst unterlaufene Rechtsversehen entdecken und verbessern. Das war auch im vorliegenden Falle vom Beklagten zu verlangen. Es handelte sich hier um ein Versehen des Klägers und des protestierenden Gerichtsvollziehers (Uebersehen des Vollindossaments), welches der Beklagte auf den ersten Blick entdecken mußte. Hätte er diesen Fehler entdeckt, so wäre, wie das Oberlandesgericht mit Recht annimmt, das Durchstreichen des Voll-

indossaments und eine nochmalige Protesterhebung noch innerhalb der Protestfrist möglich und der eingetretene Verlust des Regressrechts des Klägers zu vermeiden gewesen. Der urtätliche Zusammenhang zwischen dem Versehen des Beklagten und dem eingetretenen Schaden des Klägers ist damit gegeben.

### Nichterliche Bestrafung wegen Fernhaltens von Kindern von nationalen Schulfestern.

Ein sehr interessanter Prozeß fand kürzlich vor dem Landgericht in Gera statt. Vor der Strafkammer hatten sich acht Einwohner aus Triebe zu verantworten, die sich zur sozialdemokratischen Partei bekennen und dieser Ueberzeugung wegen ihre Kinder von der Schulfeste anlässlich des hundertjährigen Gedenktages der Schlacht bei Leipzig ferngehalten hatten. Der Gemeindevorstand hatte dieäter deshalb in eine Geldstrafe von je 2 M. genommen. Die Betroffenen beantragten jedoch richterliche Entziehung. Das Schöffengericht in Hohenleuben bestätigte die polizeiliche Strafverfügung, setzte aber die Geldstrafe selbst auf 1 M. oder einen Tag Haft herab. Die acht Beiratsmitglieder legten gegen diese Entscheidung Berufung ein. Die Strafkammer des Landgerichts Gera hat jedoch kürzlich das schöffengerichtliche Urteil bestätigt, indem es feststellte, daß die betreffende Feste als eine der Schuldisziplin unterbreitende Anordnung zu betrachten sei, die der Rektor ohne weiteres verfügen konnte und der alle Schulkinder ohne Ausnahme Folge zu leisten haben.

### Darf man einem Kunden Schnaps anbieten?

Ein Meister hatte die Gewohnheit, bei Bestellungen seinen Kunden ein Gläschen Schnaps anzubieten. Er wurde von einem Konkurrenten deshalb angezeigt und durch alle Instanzen verurteilt. Das Reichsgericht erklärte, daß ein solches Verfahren strafbar sei, weil die Erziehung eines Vermögensverlustes dadurch nicht von der Hand gewiesen werden kann; denn gar mancher Kunde mache nur bei einem solchen Handwerksmeister eine Bestellung, wo man ihm mit der Flasche entgegenkommt. Das Urteil des Schöffengerichts, wodurch der Meister mit 50 M. Geldstrafe bestraft wurde, war so vollberechtigt.

### Nah und Fern.

— Die Stellung des preussischen Justizministers Dr. Weseler ist erschlattert. Und warum? Er hat sich geweigert, gegen die letzten beim „Kaiserhof“ im Reichstag sitzenden liberalen sozialdemokratischen Abgeordneten eine Strafverfolgung wegen Majestätsbeleidigung einzuleiten und die rechtlichen Gründe seiner Weigerung, die in der Reichsverfassung liegen, im preussischen Herrenhaus offen vorzutragen. Daraus wurde ihm ein Strich gedreht und ihm zur Schuld gemacht, daß „der Kaiser sein Recht verloren“ habe. Als ob die Reichsverfassung nicht auch vom „Recht des Kaisers“ respektiert werden müßte.

— Die Reize des preussischen Kronprinzen in „unserer“ Kolonien soll nächstes Jahr vor sich gehen. Dieses Jahr ist sie angeblich an der Weigerung des Kaisers gescheitert, dem die Bürgerschaften für die persönliche Sicherheit seines Sohnes nicht genügend erschlatterten seien. Der „Deutsche Kurier“ will weiter dazu wissen: „Man ist in kolonialen Kreisen befreit, den geäußerten Bedenken durch neue Vorschläge gerecht zu werden, die auf eine Aenderung des ursprünglichen Reiseplanes hinauslaufen. Die neue Kolonialreise soll derart gestaltet werden, daß sie auf die Bedenken des Kaisers voll Rücksicht nimmt, gleichzeitig aber den Besuch unserer wichtigsten Kolonien ermöglicht. Es wird sich dann noch darum handeln, die kaiserliche Zustimmung dazu zu erlangen, daß die Kosten der Reise vom Reichstag angefordert werden. Wenn alles glatt geht, dürfte der Kronprinz die Kolonialreise, für die er das größte Interesse hat, zu Anfang 1915 antreten.“ — Besonders interessiert hier die Antifindung, daß die Reize auf Regimentsanfragen gemacht werden solle. Es handelt sich um die „Reinigkeit“ von 180 000 M. Da deren Bewilligung vom Reichstag geordert wird, da aber die Kronprinzenreise vermutlich weniger eine Studienreise im Interesse der Kolonien bzw. des Reiches, sondern vielmehr eine Sport- und Vergnügungsreise sein wird, sollte der Kronprinz die Kosten aus seiner Tasche oder aus dem Portemonnaie seines kaiserlichen Herrn Paps bestreiten. Die bayerischen Prinzgenossen, die sich seinerzeit in den deutschen Kolonien umgesehen haben, haben das so gehalten und sämtliche Kosten privatim bestritten. Auf diesen Standpunkt wird sich hoffentlich auch der Reichstag stellen. Halbamtlich wird freilich die Antifindung des „Deutschen Kuriers“ noch als „Kombination“ bezeichnet. Na! Na!

— Als Bismarck im Reichstag über die Gesamtfrage Europas die große Rede hielt, in der die Worte: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt,“ vorgetragen, war Deutschland in einer ähnlichen Situation wie heute: An der Westgrenze das revanchillustrierte Frankreich, russische Truppenanhäufungen im Osten. Aber etwas hatte das Deutschland von damals dem

Deutschland von heute voraus, nämlich, daß England in keinem Entente-Verhältnis zu Deutschland intimsten Gegnern stand, während heute im Kriegsfalle ernstlich mit der aktiven Gegnerschaft des meerberührenden Albions gerechnet werden muß — trotz vieler Worte und der vielen offiziellen Komplimente, die von Berlin aus über den Kanal gehen.

Es sind jetzt 26 Jahre ins Land gegangen, seitdem jenes Bismarcksche Diktum im Deutschen Reichstag fiel, aber weder Bismarck noch irgend einer seiner Nachfolger hat es gewagt, das stolze Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt!“ in die Praxis zu übertragen, den gordischen Knoten, der uns unerträgliche Militärlasten, unter denen wir bald zusammenbrechen werden, aufzulösen, mit dem Schwert zu durchhauen.

Heute ist die Lage Deutschlands viel schwieriger als vor 26 Jahren, da Bismarck das Bewußte gestiegelt Wort sprach. Und wenn Kaiser Wilhelm vielleicht glaubte, er werde mit einer schärferen Variation desselben mißbestens den Erfolg haben, den Bismarck damit hatte, so dürfte er sich bald von seinem Irrtum überzeugt haben. In unserem Verhältnis zu England freilich ist eine Entspannung eingetreten, aber nur als Folge der Aufgabe so ziemlich aller weltpolitischen Positionen, mit denen wir früher den Groll Albions erweckt haben. Zu einem freundschaftlichen Verhältnis aber, das uns im Falle eines Krieges „nach zwei Seiten hin“ wenigstens die Neutralität Englands sichern würde, besteht — wenigstens vorüberhand — nicht die geringste Aussicht, da das Mißtrauen und der Haß gegen die rechtspreussische Politik zu tief in das Herz John Bull's eingewurzelt ist. Selbst Veranlassungen von jahrhundertelanger historischer Unterlage richten da vorläufig wenig aus.

Dabei aber haben sich unsere Beziehungen zu Rußland in einem Maße verschlechtert, daß man heute mit noch viel größerer Berechtigung als im Jahre 1888 von einer direkten „russischen Gefahr“ sprechen kann. Der Besitz von Konstantinopel mit den Dardanellen ist das Ziel der russischen Politik seit Peter dem Großen. Wie nach Rom, so führen auch nach dem Bosporus verschiedene Wege. Lange Zeit hieß es in Petersburg, der Weg nach Konstantinopel gehe über Wien, dazwischen hinein verluchte man es mit Umwegen über Asien und alle diese Wege bezeichnen Krieg und russische Eroberungen. Heute aber gilt die Parole an der Sängerbühne in Petersburg: via Berlin.

— Der Präsident des Reichsmilitärgerichtshofes in Berlin, General Graf v. Kirchbach, wird demnächst zurücktreten. An seine Stelle tritt dann der kommandierende General des 6. Armeekorps v. Brühlwitz.

— Die Juden wandern infolge des von den Polen über sie verhängten Boykotts massenhaft aus Kongress-Polen aus. Die unheimlichen Gezeiten wenden sich aber leider größtenteils Deutschland zu, das mit solchem fragwürdigen Gesindel ohnehin schon allzu reichlich gesegnet ist.

— Nachdem Herr Caro ein Fideikommiß geschaffen und den erblichen Adel erhalten hat, nachdem die Geheimräte v. Fritschländer-Fulz, v. Mendelssohn und der brave Rudolf Mosse umfangreiche Ländereien erworben haben, ist nun auch das atchwidrige Schloß Gerdaun in Dürrenstein in neuerlicher Besitz übergegangen. Früher gehörte es einem Baron v. Romberg, der es vor 30 Jahren an Herrn v. Janzon verkaufte. Der Käufer von heute heißt Aross und ist Kommerzienrat zu Braunschweig-Berlin.

— Das größte Geschloß, das seit Bestehen des Meppener Schloßplatzes von Krupp dorthin transportiert wurde, traf dort zu Versuchszwecken ein. Es ist ein Schiffgeschloß, 38 Zentimeter-Kaliber, mit einer gesamten Rohrlänge von 17 Metern; der Verschlußzylinder hat einen Durchmesser von etwa 200 Kilogramm, die Schußweite etwa 24 Kilometer. Ein scharfer Schuß kostet etwa 10 000 M., das ganze Geschloß 400 000 M.

— Eine Prinzessin Löwenstein-Wertheim hat mit dem englischen Aviatiker Rowland-Ding den Aermelkanal überquert.

— Sehr lehrreich. Auf der Jahresversammlung der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“, die in Leipzig tagte, teilte während der Verhandlungen Rechtsanwalt Dr. Klee mit, daß es dem „Reichsberein der deutschen Juden“ gelungen ist, die in einigen jüdischen Gemeinden verübte Beschränkung der Gemeinderechte ausländischer Juden durch einen Erlaß des preussischen Ministers des Innern zu verbinden. — Ein Kommentar über dieses außerordentlich liebenswürdige Verhalten des preussischen Ministers des Innern gegenüber diesen liebenswürdigen Zeitgenossen erwidert sich wohl.

— Eine tödliche kleine Anspielung findet sich in einer niederrheinischen Landeszeitung. Da heißt es wörtlich: „Ein Staatsbeamter, welcher heiraten möchte, sucht einen älteren verheirateten Herrn, der ihm das ausreden möchte. Gefällige Anträge...“ Man „möchte“ meinen, daß der heiratsfähige Mann schon einmal verheiratet war.

**Die „Germanisierung“ der Reichsländer.**

Gelegentlich der Babener Vorgänge und des Auszuges des jetzigen Fürsten W. del, der jetzt im Hause Barner Platz 2 eine fünf-Zimmerwohnung bezogen hat, ist vielfach wieder zurückgegriffen worden auf die Affäre Wetter & und die unzuverlässigsten, die feinerzeit die Gemahlin des damaligen Statthalters dem im Gefängnis sitzenden Franzosenfreund Wetterle erwiesen hat. Auf unsern Redaktionsstisch ist nun dieser Tage eine Einladung glänzend, die eine recht sprechende Illustration für die Art liefert, wie die hochgeleitete deutsche Damen in Sträßung an der Germanisierung der Reichsländer teilnehmen. Die Einladung de dato „Strasbourg, avril 1914“, lautet in französischer Sprache zu einem „Thé-Promenade dans la salle des fêtes de l'Hôtel de la Ville de Paris au profit du Tierheim (Refuge pour les animaux)“. Die Einberufer dieses Festes sind brüderliche Leute. Sie verlangen von ihren Opfern keine „grand chose“; nur „une petite obole de 3 Mark, en échange d'une tasse de thé“. Man sieht, in der Gelofrage werden sie wieder deutlich; offenbar weil drei Mark mehr sind als drei Franken. Und wer steht an der Spitze der Einladenden? Comtesse Stephanie de Wedel, Présidente d'honneur. Und: Mad. von Laub, die Gattin des Polizeipräsidenten. So machte man in letzter Zeit in den Reichsländern in dieser Taktil. Und da wundert man sich noch über die Freichte, die dieses System gereizt hat? Man darf von Herrn v. Dallow erwarten, daß er ganz energisch mit dieser Methode brechen wird. Es wird höchste Zeit, daß an die Spitze der reichsländischen Verwaltung wieder einmal Männer treten, die sich ihres Deutschtums bewußt sind und mit der üblen Auffassung gründlich aufräumen, daß durch solche Liebedienerei vor allen Französlingen der vaterländischen Sache und der Germanisierung der Reichsländer gebient sei. Wo solches am grünen Holze geübt ist, kann man sich ja ungefähr vorstellen, was am dürrer geworden sein mag. Jedenfalls ist diese Einladung der führenden Damen der deutschen Beamtenschaft in Sträßburg lehrreich und bezeichnend und zeigt, wie gegen den deutschen Geist dort unten gesündigt worden ist.

**Verübt oder —?** Der bekannte Wandervogelbeschlüß in der Frage des Antisemitismus hat nicht nur die Juden in Garnisch gebracht, sondern auch die Genossen. Eigentlich ist das selbstverständlich, wenn man sich die Führer der Sozialdemokratie ansieht. Der Führer einer Groß-Berliner Wandervogelgruppe stellt der „I. R.“ folgenden ihm zugegangenen Brief eines tapferen Anonymus zur Verfügung:

Demit wird Ihnen dringend geraten, Ihren blödsinnigen Antisemitismus schleunigst aufzugeben. Wir lassen das einfach nicht mehr zu. Es empört uns, wenn im modernen Deutschland, wenn im Großberlin des 20. Jahrhunderts derartige lichtscheue Bestrebungen sich ausbreiten, Hui Zeufel!!! Hin aus damit! Oder wir sprechen uns mal anders!!!

Denken Sie nicht, daß wir Ihnen nichts anhaben können! Sie sollen uns kennen lernen. Können Sie rechnen? Sie sind ein paar Hundert! Hinter uns aber stehen die Hunderttausende, die Massenbataillone des organisierten Proletariats! Wir brauchen nur zu winken, und sie kommen unter unsere Fahnen. Ein paar nette Artstücken in den geleisten Zeitungen, und die Sache ist gemacht. Sie aber sind aufgeschmissen. Keine Gruppe von Ihnen wird fortan ruhig wandern können. Wohin Sie Ihre Partien machen, das sehen

wir ja aus Ihren Fahrtenzetteln. Sie Schlammeier! Überall hin folgen Ihnen fortan ganz einfach ein paar Dutzend handfeste Arbeiter nach. Wir können immer in der Wehrhaft sein. Und dann wehe Euch! Geld spielt dabei keine Rolle!

Denkt Ihr vielleicht mit Gendarmen und Schutzmännern uns zu kommen? Ich glaube, das Proletariat Großberlins hat oft genug gezeigt, wie man mit den Blutbunden der Reaktion fertig wird! Na, und wenn auch einmal ein paar der Unzeren aufgeschrieben werden! Wir werden schon dafür sorgen. Es gibt noch Richter in Berlin! Wir haben die Gerichte in der Hand! Wir werden dafür sorgen, daß kein Schöffe, kein Richter es wagen wird, einen für die gerechte Sache kämpfenden Mann oder Jüngling des Großberliner Proletariats zu verurteilen. Wir werden in der Presse jeden einzelnen Fall eingehend besprechen. Unsere Presse ist bekanntlich die erste Großmacht in Berlin!!! Unerbittlicher Boykott im geschäftlichen Leben, vollkommene Achtung in gesellschaftlicher Hinsicht droht allen, die sich nicht fügen! Jeder wird dank unserer weitverbreiteten Presse das wissen und sich danach benehmen!!! Rückständige Gesinnung in einer solchen Kulturfrage, die die tiefsten Eigenschaften unseres deutschen Volkes berührt, wird nicht geduldet. Wir wollen mal sehen, ob im 20. Jahrhundert derartige Zustände nicht ausgerottet werden können. Bitte also, sich danach zu richten! Ein Nichtjude!

P. S. Ich schreibe Ihnen, weil ich die Adresse Ihrer Oberbungen nicht zur Hand habe. Sie können es aber gefälligst denen mitteilen.

Die Wandervogel haben es jetzt schwarz auf weiß, was sie sind: „Blutbunde der Reaktion“. Die Zeitschrift zeigt so recht deutlich, bis zu welchem Grade von Größenwahn die sozialdemokratische Agitation ihre Schöpfchen verführt hat. Immerhin, als Zeitdokument sozialdemokratischer Erziehungsarbeit mag die Stellung des „Nichtjuden“ genügt werden.

„Wir sind die reine Arbeiterpartei.“ So heißt es bei den Herren Genossen, wenn es sich darum handelt, neue Sempel einzufangen. Dabei weiß man, schreibt der „Bund“, überall zur Genüge, wieviel Schriftsteller, Rechtsanwält, Penner usw. in der Partei eine große, sogar tonangebende Rolle spielen. Setzt man in der roten Breslauer „Vollswacht“ Nr. 76 sogar folgendes:

„Weil die Sozialdemokratie die alberne Einteilung (zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. D. Red. des „Bund“) nicht vornimmt, deshalb finden so viele Arbeitgeber ihren Weg in unsere Reihen, deshalb gehören mehrere hundert Arbeitgeber in Breslau der Parteiorganisation an — im Richte sind es sicher Zehntausende! Deshalb vollzog erst kürzlich ein Breslauer Großfabrikant seinen Austritt aus dem Freisinn und wendete seine ansehnlichen Beiträge unsern Kassen zu.“

„Wo die Herren Genossen nehmen auch, den sich „Ausbeutern“, „anfeindliche Beiträge“ an, gegen den ich also gar nicht, ganz offenkundig das zu tun, was sie den verhassten „Gelben“ tagtäglich zum schwersten Vorwurf machen.“

Die Feststellung des „Bund“ ist unvollständig. Es muß noch hinzugefügt werden, daß diese in die rote Parteifolge bleibenden sozialdemokratischen Arbeitgeber der Nation des verforbenen Obergewissen Singer angehören.

**Rassenschmach.**

Wir haben feinerzeit von einem deutschen Mädchen erzählt, das innige Briefe an den Vater eines Neger-

den es heiraten wollte, geschrieben hat, und in diesem Zusammenhang von Rassenschmach gesprochen. Nachträglich hat sich nun herausgestellt, daß jenes angeblich „deutsche Mädchen“ eine Berliner Jüdin ist. Die „Deutschen Hochschulstimmten“ aus der Dismark, Wien, bemerken dazu:

„Eine schwere Rassenschmach wäre es wohl, wenn ein weißes arisches Mädchen so handeln würde; aber bei einer Jüdin, selbst wenn sie ein ausgebleichtes, weißes Gesicht besitzt, ist es doch etwas anderes. Eine Jüdin steht dem Neger Mumbo doch gerader rassenhaft bedeutend näher als ein arisches Mädchen und wir deutschen Antisemiten können nur wünschen, daß sich recht viele sogenannte „deutsche“ Jüdinnen in hohe, schwarze Negerknaben verlieben und mit ihnen in das schöne schwarze Land südlich des Mittelmeeres auswandern möchten. Im Judentum, welches, wie Chambrlain in seinen „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ wohl richtig annimmt, ursprünglich aus einer wilden Rassenmischung hervorgegangen ist und welche Mischrasse dann durch Jahrtausende lange Rein- und Zucht zu einer sekundären Rasse verfestigt wurde, sind zweifellos arische, mongolische und afrikanische Rassen-elemente vereinigt. Die arischen Rassen-elemente dürften wohl schon vor Jahrtausenden durch in Kleinasien damals anwässige Arier ins Judentum gekommen sein. Es gibt Rassenforscher, welche Jesus Christus den „Galiläer“ für einen Arier erklären. Der Name „Galiläer“ erinnert uns übrigens an die „Gallier“, die „Wälshen“, und man ist der Meinung, daß Kelten auch, nach Osten wandernd, bis nach Kleinasien gekommen sind. Es können auch zwangswise Aufstellungen durch die Römer vorliegen. Mongolische Rassen-elemente sind besonders später in Südrussland durch den Uebertritt eines ganzen Mongolenstammes, der „Chozaren“, zum Judentum in diese Rasse hineingekommen. Die „Mischrasse“, d. h. die östlichen Juden, denen man besonders in slawischen Ländern begegnet, haben oft gelbliche Haut und statt der getrimmten Jüden-, d. h. gettier-Nase die Sattelnase des Mongolen. Endlich sind aber auch deutlich negroid Rassen-elemente im Judentum enthalten: Die hervorquellenden Augen, die dicke Unterlippe, das rauhe schwarze Haar, die dicken Ohren, der intensive, für den Arier oft widerliche Hautgeruch, insbesondere aber die Plattfüße sind Rassen-eigenschaften, welche unbedingt auf den Gehalt des Judentums an Negerblut zurückzuführen sind. Wir können die Juden daher gewissermaßen als europäische Mulatten ansehen. Dielem Rassenmischung entspricht auch, wie bekannt, der Charakter. Es ist also nur eine Rückkehr zu ihren vor Jahrtausenden ins Grab gesunkenen Vätern, wenn die junge Berliner Jüdin in die Arme ihres leinen schwarzen Schwiegervaters, „Mumbo“ eilt.“

**Bei Einkäufen empfehlen sich:**

- W. F. Wollmer**  
Posamenten, Strumpfwaren, Trikotagen, Wollwaren.  
Gegründet 1769. **Gr. Ulrichstraße 6/8.**
- H. Schnee Nacht., A. & F. Ebermann.**  
Spezialität Trikotagen, Strümpfe.  
**Gr. Steinstr. Nr. 84.**
- Gust. Liebermann**  
Herrenartikel, Wäsche, Trikotagen, Strümpfe, Wollwaren.  
**Geiststr. 42.**

**Rechts- u. Steuer-**  
**Sachen,** sowie  
**Testamente, Verträge**  
jeder Art werden sachgemäß bearbeitet  
durch  
**C. Schröder, Volkswanwalt**  
Mittelstraße 611.  
Sonntags bis 1 Uhr zu sprechen.

**† Frauen †**  
Dr. Conrad Scheidig's  
Menstruationsstörungen bei Perioden-  
störungen. Preis 6.—, 8.— Mark,  
extrastark Mk. 10.—.

Weißstufpulver, Spielapparat, sowie  
sämtliche sanitäre und kosmetische  
Artikel.  
Kein Laden. — Gratis-Auskunft.  
Fil.-Depot der Genier Fa.  
**Dr. Conrad Scheidig.**  
Halle a. S., Mittelstraße 711.  
Frau Böhnert.

**Bürstenwaren**  
für den Haushalt in großer Auswahl.  
**Max Jaculi, Schmeerstraße 1**  
am Markt.

**Wohnungs-Einrichtungen**  
in nur solider Ausführung  
zu  
**Mk. 400, 500, 600, 700, 800 etc.**  
empfehlht

**G. Schaible**  
Große eigene Werkstätten.  
Große Märkerstraße 26.  
Kataloge gratis und franko. Transport frei.

In meinem billigen  
**Saison-Ausverkauf**  
habe ich  
**Kostüme**  
um damit zu räumen, ganz enorm im Preise ermässigt.

- Serie I jetzt Mk. 12<sup>50</sup>** früher bis Mk. 22,—
- Serie II jetzt Mk. 16<sup>50</sup>** früher bis Mk. 34,—
- Serie III jetzt Mk. 20<sup>00</sup>** früher bis Mk. 42,—
- Serie IV jetzt Mk. 25<sup>00</sup>** früher bis Mk. 48,—
- Serie V jetzt Mk. 30<sup>00</sup>** früher bis Mk. 54,—

**Theodor Rühlemann**  
**Leipzig Strasse 97.**

# Halle'sche Reform.

Volkswirtschaftlicher Rat-



geber für den Mittelstand.

## Abonnements-Bedingungen.

Die „Halle'sche Reform“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Der Abonnementspreis beträgt in Halle: frei in's Haus 1 Mkr. 50 Pf. Durch die Post: 1 Mkr. 62 Pf. inkl. Bestellgeld. (Post-Zellungsliste Nr. 3398). Durch Kreuzband bezogen 2 Mkr. 25 Pf. für drei Monate. Einzelnummer 20 Pf. — Inzerate: Die fünfspaltigen Petit-Zeile 20 Pfennig. Alle Sendungen sind an Redakteur G. Schröder, in Halle a. S. Mittelstraße 6 zu richten.

Nr. 14.

Halle a. S., den 15. Juli 1914.

21. Jahrgang.

## Hat der selbständige Mittelstand einen Wert?

Der selbständige Mittelstand wird fraglos durch die Konsumvereine schwer bedrängt. Allein die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg, die doch nur die sozialdemokratisch beeinflussten Konsumvereine umfaßt, nicht aber die Beamten-, Offiziers- und bürgerlichen Konsumvereine, und die auch an die ihr angeschlossenen Vereine nur einen Teil der Waren liefert, hat einen Jahresumsatz von etwa 140 Millionen Mark. Sie hat erst kürzlich ihre Betriebe mit einem Aufwande von 2,7 Millionen Mark vergrößert und ihr Stammkapital auf 4 Millionen Mark erhöht. Gener ungeheure Umsatz bezieht sich fast ausschließlich auf unmittelbare Konsumartikel, wie sie im Haushalte gebraucht werden, — Brot, Fleisch, Mehl, Salz, Grütze, Seife u. s. w. Man kann also mit Fug und Recht sagen, daß alle diese Waren ohne Vorhandensein von Konsumvereinen beim selbständigen Mittelstande gekauft worden wären! Jene hohe Umsatzsumme ist dem Mittelstande entzogen worden, — und zwar dadurch, daß selbständige Existenzen, die entweder schon vorhanden waren oder sonst entstanden wären, durch angestellte Lagerhalter ersetzt worden sind.

Es entsteht nun die Frage, ob diese Entwicklung — die erst im Anfange ist und einer ungeheuren Ausdehnung fähig ist — für das Gemeinwohl und für den einzelnen Staatsbürger schädlich ist oder unschädlich.

Und das ist gleichbedeutend mit der Frage nach dem Werte des Mittelstandes überhaupt.

Was leistet denn der Mittelstand für das Staatsganze?

Der Mittelstand ist ein Dämon zwischen Dem und Unken in dem Klassen- und Aufbau der Bevölkerung. Unermittelte soziale Gegensätze müssen in jedem Staate zwischen den Klassen auf zu einer stehenden Einrichtung machen. Es ist noch garnicht untersucht worden, wie weit sich die große Negation der Industriebeterklasse trotz aller sozialen Fürsorge aus dem wirtschaftlichen Verkommen des Mittelstandes mittelbar erklären läßt.

Der Mittelstand ist ferner die Zwischenstufe für das Emporstreigen Tüchtiger aus den unteren Einkommensklassen in die oberen. Für die meisten, allermeisten Volksgenossen ist der Mittelstand die einzige Möglichkeit zum Selbständigwerden. Wenn die Hausfrauen um eines kleinen täglichen Vorteils willen an der Ruinierung der Zukunft ihrer Söhne arbeiten, indem sie liebes Geld zum Geschäftsmann gehen, so handeln sie falsch und unvernünftig, und aus geht der Weg weiter nach oben. So wie unsere Industrie herausgebaut hat, so kommt grundsätzlich auch der Mittelstand hervor. Er ist nicht nur materiell die Zwischenstufe, sondern auch moralisch. Der moralische Anreiz zum Aufstieg würde in der Arbeit des Mittelstandes untergehen müßte. Denn die mittelständigen Arbeiter infolge des geringeren Abwandes noch soziale Vorteile des Aufstieges mit Mitteln seines eigenen, zum Geschäftstriebe kontrollieren. Er lernt als Mittelständler Verantwortung kennen und steht ein, daß in diesem andere Bedürfnisse die politische Stellungnahme orientieren. Zum persönlichen Initiative im wirtschaftlichen Leben, zur „Geharbeit“ mit ihrer ganzen aufreibenden Scheinbarem Nüchternheit verbirgt. Wo ein gesunde Mittelstand in der Bevölkerung verhältnismäßig verteilte, glaube von der Bedeutungslosigkeit des Unternehmertums können. Heute ist — wesentlich infolge der wirtschaftlichen selbständigen Mittelstandes — der Spalt zwischen dem Unternehmertum derartig unermittelt und fließend, daß das Verständnis dafür völlig abgeht, worin das Unternehmertum besteht. Nur so ist es möglich Propaganda in den Massen den Bahn nähren kann, mehr oder weniger robuster Mehrwertesacker sei, dem Besitz von Kapital besteht, ohne Rücksicht darauf, ob der Unternehmer gibt, die überhaupt das ganze Kauf bringen. Der ganze Bahn vom Zukunftsfähigkeit, obden Irrtum, der heute so persönlichkeitsunter dieser Verständnislosigkeit des Arbeiters gegenüber ganze politische Negation der Sozialdemokratie in sich wird nur durch diesen Unverständnis erklärbar.

Der Mittelstand liefert dem Staate ein barmherziges Menschenmaterial und den Eltern gesunde Kinder für die Wirklichkeiten des Lebens.

Seine Kinder wissen, wie sehr es gilt, den eigenen wirtschaftlichen Lebens auszusuchen — aus eigener Kraft. Der wirtschaftliche Kampf ist hart und gerecht. Ja, auch gerecht, denn er weiß die Härte des kleinen Lebenskampfes zu schätzen und kennt die Mühe der kleinen Existenz und des Geistesstandes, aus dem er selber hervorgegangen ist.

Gerade weil der Besitz des Mittelstandes klein und schwierig ist und stets für kleinen Erfolg große Ausgabe fordern wird, deshalb verteidigt er ihn mit

heißem Jorne, und gerade das macht seine Grundanlage der Gesinnung so echt und wertvoll für Staat und Gesellschaft!

Aus diesem Boden der Pflichttreue wachsen unsere unteren und subalternen Beamten hervor, die derart zuverlässig sind, daß kein Staat der Erde sie uns nachzumachen imstande ist. — Und dieser Staat ist auch in der Lage, dem Vaterlande die besten Unteroffiziere zu schenken, — weil seine Angehörigen ein natürliches Verständnis haben, was es heißt, das Verlangen nach Vergabe der größten Leistungsfähigkeit mit der Einfachheit des Möglichen zu vereinbaren, und denen hartnäckige Pflichterfüllung gerade in kleinen und kleinsten Dingen im Blute liegt.

Daß der Mittelstand — mittelbar wohl mehr als unmittelbar — sehr zahlreiche Mitglieder des Privatbeamtenstandes stellt, ist nicht weniger bekannt. Handlungsgehilfen und Bürobeamte, das was man oft den „neuen“ Mittelstand nennt, der den „alten“ ersetzen soll — wie der Liberalismus lehrt —, sind in Wirklichkeit ein Sproß des wirtschaftlich selbständigen Mittelstandes. Man lasse sich nicht durch Statistiken täuschen: zuletzt ist doch der Mittelstand die Quelle, aus der er sich selbst ergänzt. Der tüchtige Mittelständler wandert in den Fußstapfen seines Vaters. Es ist selbstverständlich, daß dem Staat daran liegen muß, möglichst viel wirtschaftlich selbständige Mittelständler zu besitzen, und daß ihm aus diesem Grunde mehr daran gelegen sein muß, Selbständige anstatt Angestellte zu haben; so wenig er die Angestellten misshandeln kann, so sehr muß er ihnen möglichst viel wirtschaftlich selbständige Existenzen das Beste sein. Mit dieser Behauptung ist keine Geringschätzung der Angestellten verbunden. Im Gegenteil: Wir alle müssen den höchsten Wert darauf legen, daß unsere privaten Angestellten jene „ungewerkschaftliche“ Eigenständigkeit beibehalten, in Zeit, Kraft, Ausdauer und Gedanken mehr für die „Firma“ zu setzen, als sie „im Kontrakt“ nötig haben. Der deutsche Handlungsgehilfe strebt für sein Geschäft, das Unternehmen ist ihm ein zweites Leben, das seine Rechte an ihm hat und an dem er sich bildet. Wir müssen alles daran setzen, daß die private Angestellten-schaft dies selbstverständliche Mitfühlen mit dem Unternehmen behält, das sie nicht gedanklich proletariisiert. Sollte der Mittelstand eingehen müssen, so könnten wir sicher sein, daß auch unser Angestelltenstand — weil ihm das wirtschaftlich-soziale Mitempfinden, der Instinkt für die Einheit aller volkswirtschaftlichen Arbeit, verloren geht — zum gewerkschaftlichen Standpunkte herabsinkt, wonach der Arbeiter nur Interesse an sich selber hat und die Interessen des Unternehmers den seinigen

ich es ist, wenn Hausfrauen und Männer sagen: „Was ist das Mittelstand; ich denke an mich selbst!“ Sie bedenken nicht, daß der Mittelstand das wirtschaftlich selbständige Fortkommen ihrer Kinder ist, der das will, der muß den Mittelstand in seinem

## Mittelstandsbund

Halle a. S. und den Saalkreis

Der Allgemeinheit gestellt um dahin zu arbeiten, den Geschäftsstellen zu öffnen.

Daß erkennen lernen, den enormen Druck und das riesige Gewicht der Häuser, worunter die christlichen Geschäftsleute zu leiden

steht in die Verdunkelung der heutigen Zeit Licht hinein- zu bringen, auf dem der Bund Aufklärung schafft, ist das

am alle die Gesetze studieren sollte, hätte es gar keine Zeit, die wir bieten deshalb auch Aufklärung über Verhaltensregeln in dem

## Ges-Buch für Haus u. Geschäft

September erscheint, jetzt Nr. 10.

darin enthaltenen Mahnungen beherzigt, dann wird das Leben von dem Uebel, das uns drückt, wirken.

Der Mittelstandsbundes wendet sich nunmehr an die christlichen der Bitte, seine Arbeit, sein Bestreben durch Überzeugen zu unterstützen. Das Orientierungsbuch wird in Stadt verbreitet und ist dadurch den interessierenden Geschäftsleuten flammend gewiß.

Der Bund hat in Halle eine Rechtsanwaltsstelle hier, Mittelstraße 6 II, errichtet, wo den Mitgliedern in Rechtsfragen kostenlose Auskunft erteilt wird, auch werden Prozesse bei dem Amts- und Landgericht angenommen. Mitglied kann jeder Geschäftsmann werden. Der Jahresbeitrag beträgt 10 Mark.

## Der Vorstand

des Mittelstandsbundes für Halle a. S. und den Saalkr. eid.